Niederschrift

StUK/028/2018

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine
am 19.09.2018

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
----------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Horst Dewenter	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Nina Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Kutheus	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Bettina Völkening	SPD	Ratsmitglied
Herr Kurt Wilmer	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Heinrich Winkelhaus	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Holger Wortmann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Ludger Schnorrenberg		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Heinrich Thalmann	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Elke Rochus-Bolte
----------------------	-----	---------------------------------------

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Dr. Jochen Vennekötter		Fachbereichsleiter FB 5
Herr Martin Dörtelmann		Leiter Stadtplanung
Frau Anke Fischer		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzende
------------------------	-----	---------------------------------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Natalia Ilenseer		Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
-----------------------	--	--

Herr Hachmann eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung am 27.06.2018

Änderungs- und Ergänzungswünsche werden zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift nicht vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 27.06.2018 gefassten Beschlüsse

Die gefassten Beschlüsse wurden ausgeführt.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

Es liegen keine Informationen vor.

3.2. Informationen der Verwaltung zu Umwelt und Klimaschutz

Aus dem Bereich Umwelt und Klimaschutz liegt eine Information zum Radverkehrskonzept vor. Der Vermerk dazu wird zusammengefasst vorgetragen.

Erhalt der Zuwendung für das Klimaschutzteilkonzept für den Radverkehr in Rheine

Rheine ist eine Fahrradstadt. Fahrradbegeisterte Bürgerinnen und Bürger, günstige Randbedingungen und ein dichtes (touristisches) Radverkehrsnetz ermöglichen es, dass über 30 % der Wege innerhalb der Stadt mit dem Rad zurückgelegt werden (vgl. Mobilitätsbefragung zum Modal Split, Kreis Steinfurt 2011)¹. Damit leistet das Fahrrad einen unverzichtbaren Beitrag zur Entlastung der Stadt von Lärm, Abgasen, zugeparkten Straßen und somit zur Gesundheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger von Rheine.

Im Vergleich mit dem Ausbau des Radverkehrsnetzes zu anderen „Fahrradstädten“ oder zu den anderen Verkehrsmitteln waren die Investitionen in den Radverkehr in Rheine aber längere Zeit eher moderat. Die angelegte Infrastruktur entspricht so zum Teil nicht mehr aktuellen Standards, weist Lücken im Netz und in der Wegequalität auf. Die Verbesserung der Wegeinfrastruktur und die Optimierung des Radrouthenetzes sollte daher eines der wesentlichen Ziele einer künftigen Radverkehrsstrategie der Stadt Rheine sein.

¹ Vgl. Mobilitätsbefragung zum Modal Split, Kreis Steinfurt, 2011

Der zuständige Ausschuss für Stadtentwicklung Umwelt und Klimaschutz (StUK) hat in seiner Sitzung am 07. März 2018 der Antragstellung für ein Klimaschutzteilkonzept „Klimafreundliche Mobilität in Kommunen“ zugestimmt. (Vorlage 086/18)

Die Fachstelle 5.58 Umwelt- und Klimaschutz hat daraufhin einen Förderantrag für die Erstellung eines Klimaschutzteilkonzeptes für den Radverkehr in Rheine erstellt und fristgerecht am 26.03.2018 beim BMU eingereicht.

Mit Datum vom 24.08.2018 wurde der Stadt Rheine der Zuwendungsbescheid zugestellt.

Der Bewilligungszeitraum für die Erstellung des Fahrradkonzeptes erstreckt sich vom 01.09.2018 bis 31.08.2019.

Die Gesamtkosten für die Erstellung des Klimaschutzteilkonzeptes belaufen sich auf 61.880,00 Euro.

Der Förderanteil für das Konzept beträgt 50 % und beträgt dem zu Folge 30.940,00 Euro.

Das Konzept muss die Anforderungen, die an ein Klimaschutzteilkonzept seitens des Projektträgers PTJ und des BMU gestellt werden erfüllen. Hierzu zählen insbesondere auch die Ermittlung einer Energie- und Treibhausgasbilanz sowie das Controlling und eine Verstetigungsstrategie. Bestandteil des Konzeptes ist ebenfalls eine Kommunikationsstrategie, welche die Beteiligung von Bürgern berücksichtigt und bereits im laufenden Erstellungsprozess Berücksichtigung findet.

Aktuell wurden fünf Planerbüros die Ausschreibungsunterlagen am 30.08.2018 zugesandt.

Der weitere geplante Ablauf zur Erstellung des Konzeptes ist dem nachfolgenden Zeitplan zu entnehmen.

8.1 Zeitplan

Maßnahme /Arbeitspaket	2018				2019			
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Erstellung und Antragsverfahren des Klimaschutzteilkonzept „Mobilitätskonzept für den Radverkehr in Rheine“.								
Genehmigung und Projektbeginn								
Ausschreibung und Vergabe								
Analysen / Bilanzen / Startergespräch / Auftaktgespräch								
Bestandsanalysen: Radverkehr, Nahmobilität, SWOT-Analyse								
Akteursbeteiligung: Abstimmung mit AK								
Akteursbeteiligung: Öffentlichkeit Auftakttermin								
Akteursbeteiligung: Öffentlichkeit Planungsradtour / Planungsspaziergang								

Akteursbeteiligung: Politische Gremien								
Akteursbeteiligung: Öffentlichkeit Abschlussveranstaltung Vorstellung Maßnahmen- katalog								
Entwicklung Maßnah- menkonzept								
Laufende Abstimmung mit Verwaltung und AK								
Projektabschluss und Konzeptübergabe								

4. Einwohnerfragestunde

Herr Bernhard Greiwe, Bültstiege 10, Rheine

1. Wäre es nicht sinnvoll, die Entwicklungsoptionen „Im Anger“ und „Im Park“ auf ihre Machbarkeit hin zu prüfen.
2. Er möchte wissen, ob die Verwaltung vor Ort das Mindestmaß der geplanten Stichstraße Bültstiege/Timmermannufer geprüft habe und sich die Menge an Grün angesehen habe welches vernichtet werde. Er fragt weiter ob bei so starkem Gefälle überhaupt eine Stichstraße angelegt werden darf.

Herr Gausmann antwortet, dass zunächst die Machbarkeitsstudie abgewartet werden müsse.

3. Herr Greiwe fragt an, ob weitere Grünflächen zum Bestand geplant seien?

Herr Hachmann bittet die Diskussion zu TOP 6 abzuwarten.

Herr Ulrich Späing, Bültstiege 14, Rheine

1. Wann wird der Rat der Stadt Rheine über die Machbarkeit entscheiden.

Herr Dörtelmann erklärt, dass es noch keinen konkreten Zeitplan gebe. Der Zeitplan hänge vom Prüfumfang und der Prüfmethode ab. Die Verwaltung werde aber zwischendurch im Ausschuss berichten.

2. Werden 10.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern das Grün erhalten können.

Herr Gausmann macht deutlich, dass Grün in der Innenstadt gebraucht werde. Dem Bernburgplatz solle hier ein Rahmen gegeben werden, in dem das Grün besser zur Geltung komme.

3. Wie schützt der Rat die Verweilqualität am Bernburgplatz.

Herr Gausmann erklärt, dass diese Frage mit dem Prüfauftrag beantwortet werde.

Frau Ursula Neuhäuser, Bültstiege 10, Rheine

1. Was spricht gegen eine Machbarkeitsstudie von „Im Anger“ und „Im Park“.
2. Sollte „Im Anger“ favorisiert werden, wie teuer wäre ein Bürgerbegehren.

Herr Hachmann antwortet, dass ein Bürgerbegehren ca. 50.000,00 Euro kosten würde und bittet darum, die Diskussion zu TOP 6 abzuwarten.

5. Eingaben

Es liegen keine Eingaben vor.

**6. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt -Maßnahme A 6 - Entwicklungsstudie Umfeld Bernburgplatz (5941-006) - Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen
Vorlage: 306/18**

Herr van Wüllen führt in die Thematik ein und erklärt, dass eine ergebnisoffene Untersuchung für den Bereich rund um den Bernburgplatz in Auftrag gegeben wurde. Die Ergebnisse dieser Studie werden anschließend ausführlich von Frau Utku und Herrn Gudewer vom Büro sds_utku vorgestellt. (Anlage 1 Entwicklungsstudien Bernburgplatz)

Herr Hachmann bedankt sich für die Vorstellung und merkt an, dass bei der Entwicklungsoption „Im Anger“ ca. 80 – 90% der Grünstruktur erhalten bleibe.

Herr Grawe gibt zu bedenken, dass der Bernburgplatz die letzte große Grünfläche innerhalb der Innenstadt sei, und eine Art Klimaschleuse zur Altstadt hin bilde. Gerade in diesem Jahr mit dem heißen Sommer sei deutlich geworden, dass Grün in den Innenstädten gebraucht werde. Daher werde er nur der Variante „Im Park“ zustimmen können. Herr Grawe regt an, in der Machbarkeitsstudie auch die Variante „Im Park“ mit prüfen zu lassen, um eine bessere Vergleichbarkeit der Varianten zu haben.

Herr Doerenkamp meint, dass die Stadt Rheine nun die Möglichkeit habe, den Bernburgplatz und das Timmermanufer zu entwickeln. Städtebaulich gebe es hier keine Konzeption, daher sei er dafür, die Chance zu nutzen, etwas aus dem Bereich zu machen.

Die Variante „Im Anger“ werde von der CDU-Fraktion favorisiert, da hier mehrere Punkte berücksichtigt werden.

Die bestehende Grünfläche werde erweitert, der Platz bekomme eine bauliche Fassung und das Timmermanufer werde mit eingebunden in die Planungen. Dieser Entwurf sei eine deutliche Bereicherung für die Stadt Rheine.

Den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN könne er mittragen. Durch eine Prüfung der Machbarkeit beider Varianten könne eine größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden.

Herr Bems macht deutlich, dass die SPD Fraktion hier eine klare Fraktionsmeinung habe, daher beantrage er, nur die Variante „Im Park“ auf ihre Machbarkeit hin prüfen zu lassen. Er erläutere, dass seine Fraktion gegen eine weitere Bebauung des Bernburgplatz sei. Die Aufenthaltsqualität müsse verbessert werden, es müsse eine Entsiegelung stattfinden und eine Öffnung hin zur Ems. Jedes Gebäude habe Auswirkungen auf die Luftströmung und die Hitzeentwicklung und daher müsse die Grünstruktur möglichst zusammenhängend erhalten bleiben.

3. Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung – unter der Bedingung, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz diesen Beschluss bestätigt –, auf der Basis der Entwicklungsoption „Am Anger“ eine Entwurfsplanung zu erstellen, im Rahmen derer die erforderlichen Prüfaufträge zu klären sind und einen Vorschlag für die weitere Verfahrensabfolge zu erarbeiten. Entwurfsplanung und Verfahrensvorschlag sind den zuständigen Fachausschüssen dann zur Entscheidung über das weitere Vorgehen vorzulegen.
4. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt den Abschlussbericht der Entwicklungsstudie zum Umfeld Bernburgplatz des Büros sds_utku zur Kenntnis und bestätigt die unter Punkt 2. und 3. aufgeführten Beschlüsse des Bauausschusses. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz dem Bauausschuss, die Variante „Im Park“ weiter auf Machbarkeit hin zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
13 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

7. **34. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine**
Kennwort: "Elter Straße / Schlehdornweg"
 - I. **Beratung der Stellungnahmen**
 1. **Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
 2. **Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**
 - II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz**
 - III. **Feststellungsbeschluss nebst Begründung**

Vorlage: 332/18

Herr Dörtelmann erklärt, dass es abwägungsrelevante Einwendungen vom NABU und vom Kampfmittelräumdienst gegeben habe.

Herr Doerenkamp erklärt, dass Sie dem Beschluss so folgen können.

Herr Bems könne dem Beschluss ebenfalls folgen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgende Beschlüsse zu fassen:
--

I. Beratung der Stellungnahmen

1. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen eingegangen sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

2.1 Regionalforstamt Münsterland Stellungnahme vom 13.08.2018

Abwägungsempfehlung:

Im Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan ist gem. § 5 Abs. 1 BauGB die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen dargestellt. Im wirksamen Flächennutzungsplan ist das gesamte Plangebiet bereits als Wohnbaufläche dargestellt. Diese wird mit der vorliegenden Änderung tlw. in Sondergebiet geändert. Westlich angrenzend an den Änderungsbereich ist eine Fläche für Bahnanlagen und daran anschließend eine große zusammenhängende Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Über die Art der baulichen Nutzung hinaus werden im Flächennutzungsplan keine weiteren Darstellungen, wie z. B. Baufenster, vorgenommen. Insofern können die konkret genannten Abstände zum Wald auf Ebene des Flächennutzungsplanes nicht berücksichtigt werden.

Die Empfehlungen bzgl. der einzuhaltenden Abstände werden daher zur Kenntnis genommen und im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung, die die Planungen konkretisiert, beachtet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.2 Landesbetrieb Straßenbau NRW Regionalniederlassung Münsterland Stellungnahme vom 08.08.2018

Abwägungsempfehlung:

Die vorgebrachten Hinweise werden in der verbindlichen Bauleitplanung beachtet. Für die Flächennutzungsplan-Änderung haben sie keine Relevanz.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.3 NABU-Kreisverband Steinfurt Stellungnahme vom 08.08.2018

Abwägungsempfehlung:

Der Forderung einer Überarbeitung der Planung wird nicht gefolgt. Zur Abschätzung in wie weit sich die vorliegende Planung nachteilig auf das FFH-Gebiet „Emsaue <MS, ST>“ auswirkt, ist eine FFH-Verträglichkeitsvorstudie erstellt worden. Demnach sind keine erheblichen Auswirkungen auf das FFH-Gebiet zu erwarten. Der Kreis Steinfurt hat mit Stellungnahme vom 06.08.2018 mitgeteilt, dass keine Bedenken und Anregungen zum Verfahren bestehen.

Eine Pufferzone zum NSG „Emsaue“ innerhalb des Geltungsbereiches ist nicht erforderlich, da der Geltungsbereich nicht unmittelbar an das NSG angrenzt. Zudem stellen die westlich außerhalb des Plangebietes stehenden Bäume (Baumreihen, Hecken etc.) eine optische „Barriere“ dar, die die Störeinflüsse deutlich mindern.

Des Weiteren sollen alle Beleuchtungen im Plangebiet stets nach unten ausgerichtet werden und insektenfreundliche Leuchtmittel verwendet werden. Die Annahme, dass etwa das halbe Plangebiet für die Entwicklung einer Nahversorgung ausreicht ist nicht korrekt. Auch bei Baumaßnahmen sind bestimmte gesetzliche Vorgaben einzuhalten (Abstände, Brandschutz, erforderliche Stellplätze, etc.), die wiederum eine gewisse Flächenausstattung erfordern. Außerdem

sind städtebauliche und wirtschaftliche Aspekte bei Neubauvorhaben ebenfalls zu berücksichtigen.

Letztlich muss dem Eindruck widersprochen werden, dass es sich bei der hier überplanten Fläche gleichsam um eine bisher baulich unbelastete, naturbelassene Fläche handelt. Der wirksame Flächennutzungsplan stellt die Fläche bereits vollständig als Wohnbaufläche dar. Es ist bereits Bebauung vorhanden und die Landesstraße übt umfassende Wirkungen auf diese Fläche aus.

Aus den vorgenannten Gründen wird die Planung unverändert fortgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.4 Bundesnetzagentur
Stellungnahme vom 16.07.2018

Abwägungsempfehlung:

Die Hinweise sind bei nachfolgenden Planungen zu berücksichtigen. Für die Flächennutzungsplan-Änderung haben sie keine Relevanz.

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung werden max. Gebäudehöhen von 7,5 m bzw. max. Firsthöhen von 11,5 m und 9,75 m über Normalhöhennull festgesetzt. Damit bleibt die Höhenentwicklung der Neubebauung weit unter 20 m.

Die vorhandene Richtfunktrasse ist im Flächennutzungsplan bereits dargestellt und wird entsprechend berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.5 Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH
Stellungnahme vom 07.08.2018

Abwägungsempfehlung:

Der Bitte wird nachgekommen und die Kap. 6.1.2 und 6.1.3 der Begründung entsprechend redaktionell angepasst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.6 Stadt Rheine, Geoinformation/Kampfmittelräumung
Stellungnahme vom 16.07.2018

Abwägungsempfehlung:

Die Hinweise werden in der verbindlichen Bauleitplanung beachtet. Für die Flächennutzungsplan-Änderung haben sie keine Relevanz.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 247/18) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 247/18) und § 4 Abs. 2 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Feststellungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 Abs. 1 und § 6 Abs. 6 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses geltenden Fassung wird die 34. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine, Kennwort: „Elter Straße / Schlehdornweg“ und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 228**
Kennwort: "Stadtspark", der Stadt Rheine
- I. **Änderungsbeschluss**
 - II. **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit**
 - III. **Offenlegungsbeschluss**
- Vorlage: 329/18**

Herr Dörtelmann erläutert am Plan die Änderungen im Entwurf für das Kombi Bad. Er führt aus, dass die Jugendherberge zukünftig ebenfalls erweitern möchte und daher der Bereich der Jugendherberge im Änderungsverfahren mit berücksichtigt werde.

Herr Doerenkamp stimmt den Änderungen vom Grunde nach zu.

Beschluss:

I. Änderungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt gemäß § 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 Abs. 1 BauGB; den Bebauungsplan Nr. 228, Kennwort: "Stadtspark", der Stadt Rheine im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB zu ändern.

Der Flächennutzungsplan wird nach Inkrafttreten dieses Planes im Wege der Berichtigung, ohne weiteren politischen Beschluss angepasst.

Der räumliche Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung wird wie folgt begrenzt:

Im Norden endet der Änderungsbereich an der nördlichen Grenze der Zufahrtstraße zur Stellplatzanlage, Flurstück 242 der Flur 172, Gemarkung Rheine-Stadt.

Im Osten endet der Änderungsbereich an der Ostgrenze der Kopernikusstraße.

Im Süden markiert die südliche Grenze des Jugendherbergsgrundstückes (Flurstück 331 der Flur 172, Gemarkung Rheine-Stadt) das Ende des Änderungsbereiches.

Im Westen begrenzt der Stadtpark mit dem Flurstück 334, Flur 172, Gemarkung Rheine Stadt den Änderungsbereich dort, wo die Rollschuhbahn und das benachbart am Stadtpark gelegene Regenrückhaltebecken beginnen.

Der räumliche Geltungsbereich ist im Änderungsplan geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Diese Bebauungsplanänderung dient der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung und anderer Maßnahmen der Innenentwicklung. Sie setzt eine zulässige Grundfläche von insgesamt weniger als 2,0 ha fest.

Mit der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 13 a Abs. 1 Satz 4 BauGB kann diese Bauleitplanänderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB durchgeführt werden.

Demnach wird die Möglichkeit, auf eine frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB (Öffentlichkeit) und § 4 Abs. 1 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange) zu verzichten, hier angewendet; dies gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB.

Ebenfalls wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 a Abs. 1 BauGB abgesehen. Die Eingriffe, die auf Grund der Änderung dieses Bebauungsplanes zu erwarten sind, gelten als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig; damit entfällt die Ausgleichsverpflichtung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 und § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 228 , Kennwort:"Stadtpark", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung öffentlich auszulegen ist.

Im Rahmen dieser Auslegung kann sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten und sich zur Planung äußern. Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Bebauungsplan Nr. 74,
Kennwort: "Wohngebiet westlich Mathias-Spital", der Stadt Rheine**

- I. **Entwurfsbeschluss**
 - II. **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit**
 - III. **Offenlegungsbeschluss**
- Vorlage: 334/18**

Herr Dewenter erklärt seine Befangenheit für den Tagesordnungspunkt und verlässt seinen Platz.

Herr Dörtelmann führt aus, dass die Verwaltung den Prüfauftrag aus der Juni Sitzung bearbeitet habe und stellt nun das Ergebnis vor.

Die Festsetzung der maximal zulässigen Wohneinheiten kann zur Steuerung der Dichtewerte mit der Grundstücksfläche verknüpft werden, so dass z.B. pro 100 qm Grundstücksfläche eine Wohneinheit festgesetzt werden kann, maximal jedoch nur 5 Wohneinheiten für zulässig erklärt werden. Die rechtliche Prüfung durch die Kanzlei Wolter, Hoppenberg aus Hamm habe zudem ergeben, dass bei einer entsprechenden städtebaulichen Begründung grundsätzlich auch eine kleinteilige räumliche Struktur bei den Festsetzungen möglich sei.

Im Weiteren erläutert Herr Dörtelmann detailliert die Festsetzungen.

Herr Doerenkamp zeigt sich erfreut, dass durch die Prüfung des Rechtsanwaltes ein weiteres Steuerungsinstrument gefunden wurde.

Herr Bems stimmt dem zu. Verdichten ja, aber gesteuert, halte er für positiv.

Beschluss:

I. Entwurfsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine nimmt den Entwurf des Bebauungsplans inklusive Begründung zur Kenntnis und beschließt diesen als Grundlage für das weitere Verfahren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Durch diese Aufstellung des Bebauungsplanes wird der sich aus der vorhandenen Eigenart der näheren Umgebung ergebende Zulässigkeitsmaßstab nicht wesentlich verändert. Mit der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 13 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 BauGB kann dieser Bauleitplan im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufgestellt werden.

Demnach erfolgt keine frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB (Öffentlichkeit) und § 4 Abs. 1 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange). Ebenfalls wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6a Abs. 1 BauGB und § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt durch Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durch Einholung von Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 74, Kennwort: "Wohngebiet westlich Mathias-Spital", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. **9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. M 60,
Kennwort: "Industriegebiet Mesum-West", der Stadt Rheine**
- I. **Beratung der Stellungnahmen**
 - 1. **Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3
Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB**
 - 2. **Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB**
 - II. **Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des
Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz**
 - III. **Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB**
 - IV. **Satzungsbeschluss nebst Begründung**
- Vorlage: 317/18**

Herr Dörtelmann führt in die Vorlage ein und erklärt, dass die Grünfläche an der Westseite verbreitert werden musste, um einen Flugkorridor zwischen Baufläche und Wald für die Fledermäuse zu schaffen. Auf Grund von Anregungen des Landesbetriebs Straßenbau NRW ergaben sich zudem Änderungen im Einmündungsbereich zum Burgsteinfurter Damm.

Herr Hundrup weist darauf hin, dass bereits vor der Artenschutzprüfung etliche Bäume gefällt wurden. Er bittet die Verwaltung, in Zukunft die Reihenfolge einzuhalten und die Bäume nicht schon vorher zu fällen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgende Beschlüsse zu fassen:

I. Beratung der Stellungnahmen

1. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB

- 1.1 **Anlieger der Straße „Am Waldrand“, 48432 Rheine;
Schreiben vom 12.06.2018**

Abwägungsempfehlung:

Zu 1.:

Aufgrund des seit 1984 bestehenden Baurechtes für Gewerbe und Industrie wurde die Fällung der Bäume auf Teilflächen veranlasst; dies also in rechtskonformer Weise. Einziger Makel ist die fehlende artenschutzrechtliche Prüfung vor dem Entfernen der Bäume. Dies ist damit „geheilt“ worden, dass im Nachgang das artenschutzrechtliche Gutachten ein Worst-Case-Szenario angewendet hat und entsprechend hohen Ausgleich fordert. Diese Ausgleichsverpflichtung wurde in der Bebauungsplanänderung festgesetzt und wird auch zeitnah realisiert.

Zu 2.:

Aufgrund des Entfernens von kleinen Wald-Restflächen wurde der angrenzende Kiefernbestand am Tennisplatz in seiner Stabilität - insbesondere im Zuge der Herbststürme 2017 - so beeinträchtigt, dass dieser ebenfalls gefällt werden musste. Die Kiefern drohten auf den Tennisplatz zu fallen; demnach war „Gefahr im Verzuge“.

In der näheren Umgebung befindet sich sehr wohl ein baumbeständenes, städtisches Grundstück, das als Anbringungsort von Nisthilfen geeignet ist. Für den vermuteten Verlust von Quartierpotenzial (durch im Vorfeld erfolgte Rodung) werden 12 Fledermaushöhlen bzw. -kästen und 3 Nisthilfen für den Gartenrotschwanz an Bäumen angelegt bzw. angebracht; dies auf dem etwa 100 m nordöstlich vom Änderungsbereich entfernten, städtischen Grundstück Gemarkung Mesum, Flur 20, Flurstück 860.

Mit weiteren Festsetzungen bzw. Auflagen zu den Rodungs- bzw. Baumaßnahmen außerhalb der Brutzeiten, zur Beleuchtung der gewerblichen Flächen, zur Vermeidung von Vogelschlag an Glasflächen, zum lichtabschirmenden Anpflanzen von Bäumen und Sträucher sowie zum Freihalten einer Fledermaus-Flugstraße ist den artenschutzrechtlichen Belangen letztlich ausreichend Rechnung getragen worden.

Zu 3.:

An dem neuen Produktionsstandort sollen Anlagen in Betrieb genommen werden, die der Verarbeitung von Kunststoffen dienen. Welche konkreten Brandschutzmaßnahmen erforderlich werden, wird ein Fachgutachten ergeben, dass mit einem umfassenden Brandschutzkonzept Bestandteil der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung wird. Entsprechend den strengen, gesetzlichen Vorgaben werden Brandschutzmaßnahmen exakt definiert und vorschriftsmäßig umgesetzt.

Die Maßnahmen dienen insbesondere der Brandbekämpfung direkt vor Ort und sollen eine weiträumige Brandausbreitung verhindern. Die Verlängerung einer Löschwasserleitung von über 400 m - mit Bereitstellung einer ausreichenden Wassermenge und eines ausreichenden Wasserdrucks - ist angesichts des geschilderten, hypothetischen Falls unverhältnismäßig und rein rechtlich nicht erforderlich. Dem Wunsch nach einem Hydranten im Außenbereich wird nicht entsprochen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB

**2.1 Kreis Steinfurt, Der Landrat, 48565 Steinfurt;
Stellungnahme vom 14.06.2018**

Abwägungsempfehlung:

Eine eindeutige Abgrenzung der beiden Teilstücke ist aufgrund der unterschiedlichen Lagebezeichnung und Bemaßung (140 m und 165 m) gegeben. Der Forderung, den 5 m breiten Gehölzstreifen um einen 5 m breiten Fledermaus-Korridor („Flugstraße“) entlang des Waldrandes zu

erweitern, wird entsprochen. Demnach besteht zwischen Wald und Baugrenze ein 15 m-Abstand, der auch den Anforderungen des Regionalforstamtes genügt.

Die zusätzlichen 5 m breiten Pflanzstreifen (auf einer Länge von insgesamt 305 m) ergeben eine Fläche von 1.525 qm, die nicht nur dem artenschutzrechtlichen Ausgleich, sondern auch dem naturschutzrechtlichen Ausgleich dienen können. Aufgrund der dadurch verursachten Verengung des Baufeldes im Westen, muss eine erweiterte betriebliche Umfahrungsmöglichkeit (zur Wörstraße hin) geschaffen werden. Demnach wird die bisher 10 m breite Pflanzgebotsfläche entlang der Wörstraße auf 6 m Breite reduziert. Die dadurch in Anspruch genommenen 698 qm werden durch die o.g. 1.525 qm mehr als ausgeglichen. Die abschirmende Bepflanzung entlang der Wörstraße bleibt in ausreichender Breite erhalten.

Die gutachterlich geforderten Ersatzquartiere (insgesamt 15 Nisthilfen) werden auf der städtischen Fläche an der Wörstraße, etwa 100 m nordöstlich des Änderungsbereiches angelegt (Grundstück Gemarkung Mesum, Flur 20, Flurstück 860).

Bestätigt wird, dass im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung Worst-Case-Szenarien angewendet wurden. Weitere Details zu Art und Umfang der Nisthilfen, zu Kontroll- und Reinigungsintervallen, zu konkreten Einfluglochgrößen usw. sind dem Gutachten zu entnehmen, das der Begründung zu dieser Bebauungsplanänderung beigelegt ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.2 Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlg. Münsterland, 48636 Coesfeld; Stellungnahme vom 11.06.2018

Abwägungsempfehlung:

Die erforderlichen Planunterlagen (u.a. Ausbautwurf bzw. Ausführungsplanung) werden derzeit erstellt und mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW abgestimmt. Sie münden in eine offizielle Verwaltungsvereinbarung über den Einmündungsbereich mit Linksabbiegespur. Die Kosten für die Anbindung bzw. die notwendige Erschließung der Gewerbe- bzw. Industriefläche trägt die Stadt Rheine.

Die Anmerkungen zu der Wendemöglichkeit auf dem Betriebsgrundstück sowie den Werbeanlagen an der Landesstraße werden als Festsetzungen in die Bebauungsplanänderung aufgenommen.

Der Anlage eines weiteren Einmündungsbereichs bzw. einer weiteren Linksabbiegespur auf dem Burgsteinfurter Damm bzw. der Landesstraße 578 wird vom Landesbetrieb Straßenbau NRW nicht zugestimmt. D.h. eine direkte, separate Erschließung des südwestlich angrenzenden, im Flächennutzungsplan als gewerbliche Bauflächen dargestellten Areals ist nicht möglich. Insofern ist eine sehr langfristig angedachte, gewerblich-industrielle Entwicklung der Nachbarfläche nur über den aktuell geplanten Linksabbieger möglich. Eine Verlängerung des Einmündungsbereiches mit Abzweig gen Südwesten bzw. späterer Anbindungsmöglichkeit wird in dieser Bebauungsplanänderung berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.3 Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH, 48427 Rheine; Stellungnahme vom 28.05.2018

Abwägungsempfehlung:

Die Hinweise zur Löschwasser- und Stromversorgung werden zur Kenntnis genommen und dem ansiedlungswilligen Betrieb mitgeteilt.

Löschwasser steht mit 48 cbm/h (bzw. 800 l/min.) über die Trinkwasservorhaltung zur Verfügung. Darüber hinausgehende Brandschutzanforderungen sind vom Bauherrn gutachterlich zu prüfen, nachzuweisen und baulich umzusetzen. Dazu wird ein Hinweis in die Bebauungsplanänderung aufgenommen.

Die derzeit planungsrechtlich gesicherten Flächen werden nicht kleinteilig vermarktet, so dass eine separate Grundstücksfläche mit Trafostation nicht erforderlich wird. In diesem Fall ist ein direkter Anschluss über eine kundeneigene Trafostation auf dem Betriebsgrundstück ausreichend.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.4 Feuer- und Rettungswache, 48431 Rheine; Stellungnahme vom 29.05.2018

Abwägungsempfehlung:

Löschwasser steht mit 48 cbm/h durch das leitungsgebundene Trinkwasserversorgungsnetz zur Verfügung. Darüber hinausgehende Brandschutzanforderungen sind vom Bauherrn gutachterlich zu prüfen, nachzuweisen und baulich umzusetzen.

Dazu wird folgender Hinweis in die Bebauungsplanänderung aufgenommen:

„Soweit der Brandschutz (Grundschutz) aus der zentralen, öffentlichen Wasserversorgungsanlage nicht sichergestellt werden kann, sind in Abstimmung mit den zuständigen Behörden und der EWR (s. Vereinbarung Stadt mit EWR) Vorsorgemaßnahmen zu treffen (z.B. Löschwasser aus offenen Wasserläufen, Teichen, Brunnen, Behältern; ggf. Entnahme aus Regenrückhaltebecken oder Zisternen). Über den Grundschutz hinausgehende Löschwassermengen - beispielsweise von Gebäuden mit erhöhten Brandrisiken bzw. Brandabschnittsgrößen und -lasten - sind im Rahmen des Objektschutzes durch den Eigentümer oder Nutzungsberechtigten sicherzustellen. Im Baugenehmigungsverfahren sind diese Belange unter Beteiligung der Brandschutzdienststelle der Stadt Rheine abzustimmen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie § 13 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB

Gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB wird festgestellt, dass

- a) durch das 5 m-Verschieben der Baugrenze bzw. der Pflanzgebotsfläche aufgrund der Fledermaus-Flugstraße, die minimale Reduzierung der nordwestlichen Pflanzgebotsfläche und die geringfügige Verlängerung der öffentlichen Verkehrsfläche mit Anpassung

- der Baugrenzen sowie durch die textlichen Ergänzungen zur Anlage einer Wendemöglichkeit, zu Werbeanlagen im Bereich der Landesstraße, zum Brandschutz, zum Fledermauskorridor und zu der externen Ausgleichsfläche für Nisthilfen die Grundzüge der Planung nicht berührt werden,
- b) die Öffentlichkeit durch diese marginalen Korrekturen nicht unmittelbar betroffen wird sowie
 - c) die Interessen anderweitiger Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durch diese Änderungen nicht bzw. nur marginal berührt werden.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die unter Punkt a) beschriebenen Änderungen des Entwurfes der Bebauungsplanänderung nach den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentlichkeit) und § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung wird die 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. M 60, Kennwort: "Industriegebiet Mesum-West", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. ÖPNV - Nahverkehrsplan des Kreises Steinfurt Stellungnahme der Stadt Rheine Vorlage: 324/18

Herr Gausmann erklärt einleitend, dass der Rat der Stadt Rheine in der kommenden Woche über das Bürgerbegehren entscheiden werde.

Herr Doerenkamp sagt seine Zustimmung auf Grund der derzeitigen Beschlusslage zu.

Herr Grawe erklärt, er könne dem Beschluss nicht zustimmen.

Herr Bems meint, dass die Stellungnahme zum ÖPNV vom Grunde her richtig sei und er daher zustimmen werde. Trotzdem könne er die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere bei den Punkten Sozialstandards und dem Bedürfnis nach Grundversorgung durch den Busverkehr nachvollziehen.

Herr Jansen erklärt, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Rheine genehmigt die Stellungnahme der Verwaltung zum Entwurf des Nahverkehrsplanes des Kreises Steinfurt.

2. Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Eingaben zum Nahverkehrskonzept Rheine als Teilplan des Nahverkehrsplanes des Kreises Steinfurt zur Kenntnis und stimmt der als Anlage 2 beigefügten Synopse der Stellungnahmen zu.
3. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu 1. und 2. gegenüber dem Kreis Steinfurt das Einvernehmen zu den das Aufgabengebiet der Stadt Rheine betreffenden Inhalten des Nahverkehrsplans gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 ÖPNVG NRW zu erklären.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen
 10 Ja Stimmen
 2 Nein Stimmen
 1 Enthaltung

12. Anfragen und Anregungen

1. Anfrage von Herrn Wortmann

Herr Wortmann führt aus, dass es im kommenden Jahr 20 Jahre her sei, dass das Baugebiet in Elte, auf dem translozierte Gebäude entstehen sollten, entwickelt wurde. Bisher sei kein einziges Gebäude dort entstanden. Die CDU Elte habe ein Änderungsverfahren beantragt. Die Verwaltung habe zunächst ein Wohnbauentwicklungskonzept aufgestellt, welches auch schon wieder 2 Jahre alt sei. Herr Wortmann möchte wissen, wann dort das Änderungsverfahren eingeleitet werde.

Herr Gausmann erklärt, dass auf Grund einer schweren Erkrankung der Sachbearbeiterin das Verfahren derzeit still stehe und nicht sofort ein Mitarbeiter gefunden werden kann, der dort weiter arbeite. Dennoch sei die Verwaltung daran interessiert, das Verfahren möglichst in diesem Jahr weiter auf den Weg zu bringen.

Herr Dörtelmann ergänzt, dass in der Juni Sitzung drei Varianten vorgestellt wurden. Problem bei einer optimalen Nutzung der Fläche sei, dass bereits Kanäle in der Erde liegen, welche die Planungen einschränken. Die Artenschutzprüfung für das Gebiet liege mittlerweile vor und auch die topographischen Aufnahmen seien gemacht worden. Es müsse für die Varianten noch eine Kosten-Nutzen Betrachtung durchgeführt werden, um die optimalste Variante herauszufinden. Anschließend solle der Bebauungsplanvorentwurf erstellt und das Änderungsverfahren eingeleitet werden.

2. Anfragen von Herrn Gude

a)

Herr Gude hatte bereits auf die Situation an den Fördertürmen im Naturschutzgebiet in Elte hingewiesen und möchte wissen, ob der Eigentümer zu Sicherungsmaßnahmen herangezogen werden könne.

Herr Gausmann sagt eine Prüfung und Beantwortung der Frage zu.

b)

Herr Gude führt aus, dass die Antoniusschule einen erweiterten Denkmalschutz erhalten habe und möchte wissen, welche Nutzung geplant sei.

c)

Er möchte weiter wissen, ob der Stopp der Arbeiten am EEC-Passeo nur an dem Tierpräparator liege. Könne vielleicht ein Makler dort tätig werden.

Herr Gausmann antwortet zur letzten Frage, dass es sehr schwierig sei eine neue Unterkunft zu finden. Bezüglich des Nutzers gebe es Restriktionen, die die Suche nach einer neuen Unterkunft erheblich einschränken.

Herr Gausmann berichtet zur Antoniusschule, dass es dort Differenzen zwischen der Stadt Rheine als untere Denkmalschutzbehörde und dem LWL Denkmalschutz als Fachbehörde gegeben habe. Letztendlich stehen die Antoniusschule und die Hausmeisterwohnung nun unter Denkmalschutz. Daher konnte die bisher angedachte Nutzungsmöglichkeit der Hausmeisterwohnung nicht mehr umgesetzt werden. Parallel dazu sollten das Tendal Gelände und die alte Trafostation mit berücksichtigt werden. Zurzeit prüfe die Verwaltung die Möglichkeit eines Wettbewerbes, um Konzepte für eine Entwicklung zu erhalten. Die Nutzung sei noch unklar, jedoch werden Wohnungen für geistig und körperlich behinderte Menschen im Innenstadtbereich benötigt.

3. Anfragen von Herrn Hundrup

a)

Herr Gude hatte bereits auf die Situation an den Fördertürmen im Naturschutzgebiet in Elte hingewiesen und möchte wissen, ob der Eigentümer zu Sicherungsmaßnahmen herangezogen werden könne.

Herr Gausmann sagt eine Prüfung und Beantwortung der Frage zu.

b)

Herr Gude führt aus, dass die Antoniusschule einen erweiterten Denkmalschutz erhalten habe und möchte wissen, welche Nutzung geplant sei.

c)

Er möchte weiter wissen, ob der Stopp der Arbeiten am EEC-Passeo nur an dem Tierpräparator liege. Könne vielleicht ein Makler dort tätig werden.

Herr Gausmann antwortet zur letzten Frage, dass es sehr schwierig sei eine neue Unterkunft zu finden. Bezüglich des Nutzers gebe es Restriktionen, die die Suche nach einer neuen Unterkunft erheblich einschränken.

Herr Gausmann berichtet zur Antoniusschule, dass es dort Differenzen zwischen der Stadt Rheine als untere Denkmalschutzbehörde und dem LWL Denkmalschutz als Fachbehörde gegeben habe. Letztendlich stehen die Antoniusschule und die Hausmeisterwohnung nun unter Denkmalschutz. Daher konnte die bisher angedachte Nutzungsmöglichkeit der Hausmeisterwohnung nicht mehr umgesetzt werden. Parallel dazu sollten das Tendal Gelände und die alte Trafostation mit berücksichtigt werden. Zurzeit prüfe die Verwaltung die Möglichkeit eines Wettbewerbes, um Konzepte für eine Entwicklung zu erhalten. Die Nutzung sei noch unklar, jedoch werden Wohnungen für geistig und körperlich behinderte Menschen im Innenstadtbereich benötigt.

4. Anfrage von Herrn Dewenter

Herr Dewenter fragt nach, warum es einen Stillstand beim Bau der KiTa an der Bühnertstraße gebe. Aus zeitlichen Gründen war eine Verschiebung der Lage der KiTa nicht mehr möglich gewesen und nun passiere auf dem Grundstück nichts.

Herr Gausmann antwortet, dass der Wohnungsverein intensiv an der Umsetzung arbeite. Zum 01.08.2019 müsse die KiTa in Betrieb gehen. Zurzeit gebe es Gespräche zwischen dem Investor und dem Träger.

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Andree Hachmann
Ausschussvorsitzender

Anke Fischer
Schriftführerin